

Unabhängiger Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

*BMASK, 1010 Wien, Stubenring 1
21.07.2015, 14:00 bis 16:30 Uhr*

Vorsitz: Christina **Wurzinger**

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreter/innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Bernadette **Feuerstein**

Martin **Ladstätter**

Erich **Schmid**

Christina **Wurzinger**

Vertreterin aus dem Bereich der Menschenrechte:

Eva-Elisabeth **Szymanski**

Vertreterin aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Magdalena **Kern**

Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:

Ursula **Naue**

Büro: Wolfgang **Iser**

Resümeeprotokoll

An Unterlagen liegen vor Tagesordnung und Entwurf des Protokolls der letzten Sitzung.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird angenommen.

2. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung wird beschlossen.

3. Umlaufbeschluss

Der im Umlaufwege erfolgte Beschluss der Stellungnahme zu Art. 11 CRPD an das OHCHR wird protokolliert.

4. Arbeitsweise und Position des Ausschusses

Die Diskussion der letzten Sitzung wird fortgeführt. Die Mitglieder kommen überein, dass der Kontakt zu und die Zusammenarbeit mit den NGOs intensiviert werden soll. Dabei soll die Verschiedenheit der Rollen im Prozess gewahrt bleiben. Zu Twitter gebe es eine Arbeitsgruppe, eine weitere zur Pressearbeit werde angedacht.

Diskutiert wird, ob der Ausschuss 2016 eine Art Mid-term-Bericht abgeben soll. Dieser könnte auch mit der Zwischenevaluierung des NAP Behinderung verknüpft werden.

Der Ausschuss kommt überein, dass der Kontakt zu den Landes-Überwachungsorganen neuerlich intensiviert werden soll.

5. Strukturelle Bedingungen des Ausschusses

Nach Rücksprache mit Herrn Hofer ist es zur Ermöglichung einer flexibleren Arbeitsaufteilung des Ausschusses zulässig, dass Mitglieder, wenn sie in

Vertretung und im Auftrag der Vorsitzenden ausschussbezogene Aufgaben in ihrer Freizeit wahrnehmen, dafür auch einen Aufwandsersatz erhalten. Eine Änderung der Geschäftsordnung des Ausschusses in Bezug auf Außenvertretung wird vorbereitet.

Im Zusammenhang mit den strukturellen Bedingungen des Ausschusses setzt sich dieser auch mit den von verschiedenen Seiten an ihn herangetragen Fragen zu kolportierten Überlegungen über eine Zusammenlegung von Monitoringausschuss und Behindertenanwaltschaft auseinander.

Der Ausschuss hat sich in seiner Stellungnahme „Nationale Menschenrechtsinstitution“ vom 27.05.2009 ausführlich mit der Frage der institutionellen Verortung der Überwachungsaufgaben auseinandergesetzt. Der Ausschuss bekräftigt, dass er in einer Zusammenlegung mit der Behindertenanwaltschaft keine Verbesserung der Unabhängigkeit im Sinne der Pariser Prinzipien (Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen Nr. 48/134) erkennen kann. Die Einbindung des Ausschusses gleichsam als Beirat in die monokratische Struktur der Behindertenanwaltschaft würde der bisher gelebten Kultur von Unabhängigkeit und Vielfalt vielmehr diametral entgegenstehen.

Der Ausschuss beschließt, die Vorsitzende möge diese Sichtweise auch dem Herrn Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz in einem Brief mitteilen.

6. Nachbesetzung offener Positionen im Ausschuss (Mitglied, Vorsitz)

Das Büro teilt mit, dass Frau Schulze auf ihren Wunsch hin nunmehr auch als Mitglied enthoben wurde. Die Frage der Nachbesetzung wird diskutiert. Es werden noch bilaterale Konsultationen mit potentiellen KandidatInnen folgen.

7. Organisatorisches

• Öffentliche Sitzungen

Diskutiert wird, ob und in welcher Form vor dem Hintergrund des geplanten Reorganisationsprozesses im Herbst eine öffentliche Sitzung abgehalten werden soll. Das Büro berichtet von der Unterstützung bei der Suche nach geeigneten barrierefreien Lokalitäten durch einen externen Berater. Das Parlament stünde als Veranstaltungsort im Herbst nicht zur Verfügung.

Falls keine öffentliche Sitzung stattfindet, müsse dies entsprechend kommuniziert werden, insbesondere durch einen ausführlichen Newsletter.

• Klausur

Für die Klausur der Mitglieder und Ersatzmitglieder zeichnet sich ein Termin in der zweiten Oktoberwoche ab. Diesbezüglich wird noch Genaueres mitgeteilt werden.

8. Berichte

• Besprechung der Vorsitzenden mit Hofer, BMASK

Die Vorsitzende berichtet vom sehr konstruktiven Gespräch mit Herrn Hofer. Dieser wird an der nächsten Sitzung teilnehmen.

• Besprechung im BMJ

Frau Naue und das Büro berichten über ein Gespräch mit Frau Schulze, Sektionschef Schwanda und Generaldirektor Mayer zum Maßnahmenvollzug.

9. Termine

Die nächste Sitzung findet am **14.09.2015** von **14:30** bis 17:00 Uhr im **Saal IV** des BMASK statt.

10. Allfälliges

Herr Schmid berichtet von einer Veranstaltung des BMASK zu Zielvereinbarungen inklusiver Behindertenpolitik am 08.09.2015 13:00, zu der auch die ÖAR eingeladen sei.

Der Ausschuss beschließt, dass die Stellungnahme zum Maßnahmenvollzug wegen der großen internationalen Nachfrage ins Englische übersetzt werden sollte. Das Büro wird die entsprechenden Schritte in die Wege leiten.

Christina Wurzinger (Vorsitzende)

Ursula Naue (Schriftführerin)